

Menschen in immer höheren Formen des gemeinschaftlichen sozialistischen Handelns zur Lösung dieser Aufgaben zusammenzuführen. Dadurch beschleunigen die Volksvertretungen den Prozeß der Überwindung der alten, vom Kapitalismus überkommenen individualistischen Denk- und Lebensgewohnheiten der Menschen und die Hebung ihres Bewußtseins und ihrer Lebenspraxis auf das Niveau der bewußten Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung.

Quelle: Die Organe der Staatsmacht — Instrumente zur Leitung der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft, in „Der Deutsche Arbeiter- und Bauern-Staat“ VEB Deutscher-Zentral-Verlag — Ost-Berlin 1960, S. 170.

B. Spitzelwerbung und Spitzeltätigkeit

Das kommunistische Regime Mitteldeutschlands stützt in stärkerem Maße als zuvor seinen Bestand auf ein Heer verpflichteter Spitzel und Agenten. Der Umfang des Zuträger ap parates wurde im Laufe der Jahre zahlenmäßig erheblich verstärkt. Unter Zaisser, dem ersten Leiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) — im folgenden SSD genannt —, betrug die Anzahl der Spitzel etwa 50000. Nach dem 17.6.1953 ließ Wollweber den Apparat innerhalb kurzer Frist verdoppeln. Auf Weisungen des gegenwärtigen Ministers für Staatssicherheit, Mielke, mußten die einzelnen Dienststellen der „Sicherheitsorgane“ das Spitzelsystem weiter ausbauen, aktivieren und spezialisieren. Durch die Ereignisse des 13.8.1961 gewinnt der Einsatz von Spitzeln für die Bevölkerung Mitteldeutschlands an unheilvoller Bedeutung. Gelang es dem SSD und, den sonstigen „Organen der Staatssicherheit“ bislang nicht, die Spitzelapparate zu reibungslos funktionierenden Instrumenten zu entwickeln, so ist nunmehr bei verstärkter Gewalt einwirkung auf die für Spitzeldienste ausgewählten Personen eine relative Perfektion des Systems zu befürchten. Der SSD und die ihm nach geordneten „Sicherheitsorgane“ pressen ohne Ansehen der Person Bürger der SBZ und Bewohner Ost-Berlins zu derartigen Diensten. Die Möglichkeit, solchem Ansinnen durch die Flucht zu entgehen, wurde zumindest für die Gegenwart genommen.

Bereits die Dokumente des Teils III der Publikation „Unrecht als System“ ließen die Spezialisierung der Überwachung der Bevölkerung und die Verteilung der Aufgaben auf mehrere Institutionen erkennen. Die verstärkte „Werbung“ zu Spitzel- und Agentendiensten zeichnet sich deutlich ab. Menschen aus allen Herkunftsbereichen und Berufsgruppen werden gegen ihren Willen unter mehr oder minder massiven Drohungen gepreßt, obgleich sie keineswegs auf der Ebene des Kommunismus stehen und sie den praktizierten Terror verabscheuen. Es liegt eine Fülle von Aussagen vor, aus denen Anlage und Methode der unverändert erpresserischen „Werbung“ auch in jüngster Zeit ersichtlich sind. Die Betroffenen bekundeten übereinstimmend die Art des Vorgehens des SSD vom sogenannten ersten Angriff bis zur „Werbung“. Zwei Aussagen mögen für viele stehen.

DOKUMENT 56

Berlin, den 2.11.1960

Ich heiße N. N., geboren am Ich bin Student der....., habe an der Ostberliner Universität studiert und in Ost-Berlin gewohnt.

Am 19. Oktober 1960 arbeitete ich im Institut für..... in der..... Straße, als ich von einem mir unbekanntem Mann in einen kleinen Raum gebeten wurde. Der Betreffende stellte sich als Beauftragter des Ministeriums für Staatssicherheit vor. Nachdem er einige Zeit mit mir über alle möglichen Fragen gesprochen hatte, erklärte er, daß ich für den SSD arbeiten solle. Als ich fragte, was ich da tun müßte, erwiderte er, ich solle eine Liste der im Institut arbeitenden Studenten mit Berichten über deren politische Haltung sowie über Äußerungen über die politische Lage, über etwaige Besuche von West-Berlin usw. anfertigen. Außerdem sollte ich einen Bericht über meinen Bruder, der in West-Berlin wohnt, aber im VEB arbeitet, anfertigen.

Auf meine Frage, was geschehen würde, wenn ich mich weigere, erklärte der SSD-Mann, daß ich damit rechnen müsse, die Universität zu verlassen. Außerdem könnten meine Eltern belangt werden, weil sie im September 1959 in West-Berlin ein Fernsehgerät gekauft haben. Woher der SSD-Beauftragte hiervon wußte, ist mir nicht bekannt.

Ich habe daraufhin eine Schweigeverpflichtung und eine Verpflichtung zur Mitarbeit geschrieben und unterschrieben. In der Schweige Verpflichtung hieß es etwa: „Ich verpflichte mich, gegen jedermann (auch Angehörige) strengstes Stillschweigen über alle Aufträge und über alle Gespräche zu wahren. Ich weiß, daß ich bei Verletzung dieser Pflicht unseren Arbeiter- und Bauern-Staat schädige. Ich weiß, daß ich dafür nach den Gesetzen der Deutschen Demokratischen Republik bestraft werde“.

Die andere Verpflichtung hatte etwa folgenden Wortlaut: „Ich verpflichte mich, für das MfS zu arbeiten und die Aufträge gewissenhaft durchzuführen“.

Es wurde vereinbart, daß mich der SSD-Mann am 26.10.1960 um 17.00 Uhr vor dem Institut abholt. An diesem Tag sollte ich meinen ersten Bericht abgeben. Um das Zusammentreffen zu vermeiden, bin ich an diesem Tage nicht in die Universität gegangen. Am nächsten Tag erwartete mich der SSD-Beauftragte schon vormittags am Eingang des Instituts. Er fragte mich, warum ich am 26.10. nicht wie verabredet dagewesen sei und den Bericht abgeliefert hätte. Ich habe ihm daraufhin erklärt, daß ich krank gewesen sei, und daß ich den Bericht nicht angefertigt habe. Ich sagte ihm weiter, daß ich auch in Zukunft keine Berichte abliefern werde. Wir haben daraufhin etwa eine Stunde diskutiert. Er versuchte vergeblich, mich umzustimmen und schickte mich dann nach Hause zu meinen Eltern nach Berlin-..... Dort sollte ich mich zu seiner Verfügung halten. Etwa um 17.00 Uhr erschien er, als ich gerade das Haus verlassen wollte. Er bemühte sich noch einmal in einem etwa einstündigen Gespräch, mich umzustimmen. Schließlich ging er mit der Bemerkung, daß wir uns bald Wiedersehen würden.

Um seinen weiteren Versuchen, mich zu Spitzeldiensten zu zwingen, zu entgehen, bin ich in der selben Nacht nach West-Berlin geflüchtet.

Laut diktiert, genehmigt, unterschrieben:
gez. Unterschrift

DOKUMENT 57

W., den 30.1.1961

Ich heiße N. N., geboren am..... Ich bin Sekretärin und habe in Ost-Berlin gewohnt. Ich war vom 1. Dezember bis zu meiner Flucht als Sekretärin in einem Ministerium der Sowjetzonen-Regierung im